

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,
Lieber Marcello Danieli,

herzlichen Glückwunsch. Und herzlichen Dank für Ihre Geschichte. Auch Ihnen, Christiane Schollmayer, Daniel Achtermann und Thomas Neumann müssen wir für Ihre Geschichten danken. Es sind zuallererst Geschichten von Unternehmergeist. Aber es sind eben auch Erzählungen darüber, wie man mit einer guten Idee zwischen alle Stühle in der Verwaltung geraten kann. Wie immer mehr Zeit, Energie und Geld investiert werden müssen, um bürokratische Hürden zu überwinden zu können.

Ihre Geschichte, Herr Danieli, ist die Geschichte einer unternehmerischen Entscheidung. Der Entscheidung, wegen des Facharbeitermangels in einer Region mit Vollbeschäftigung in die Ausbildung junger Flüchtlinge zu investieren. Ich will hier nicht das Loblied zivilgesellschaftlichen Engagements anstimmen, denn die Geschichte der Firma Harder ist keine davon. Es ist eine Geschichte von Beharrlichkeit, von Verzweiflung, und am Ende es ist eine Geschichte des Glaubens an den Rechtsstaat. Das hat Ihre Geschichte für die Werner Bonhoff Stiftung interessant gemacht, und deshalb sind sie heute unser Preisträger.

Sie haben uns gezeigt, wie leicht es ist, allgemeinen Bekenntnissen zu Einwanderungsgesetzen und Flüchtlingsintegration zu glauben. Zum Beispiel an das Versprechen der Bundesregierung, dass ein Flüchtling mit einem Ausbildungsplatz für die Zeit der Ausbildung und zwei Jahre danach in Deutschland bleiben darf – auch, wenn der Aufenthaltsstatus ungeklärt ist. Sie haben uns auch gezeigt, wie sperrig diese Bekenntnisse werden können, wenn sie im ganz normalen, ganz lokalen Behördenalltag ankommen.

Meine Damen und Herren,
der Werner Bonhoff-Preis ist kein Preis für die Michael Kohlhaas-Persönlichkeiten der Moderne. Er ist kein Preis für Dauernörgler und Querulanten. Er ist nicht einmal ein Preis gegen die Bürokratie.

Er ist ein Preis für etwas – für selbstbewusste Bürger, die ihrem Staat auf Augenhöhe begegnen wollen und ihm helfen, besser zu werden. Denn nur, wenn Bürger und Unternehmer hartnäckig darauf bestehen, Recht zu bekommen, werden Ämter und Behörden wach. Nur dann besinnen sie sich wieder auf ihren eigentlichen Zweck: berechenbare Garanten für den Bürger und für die öffentliche Ordnung zu sein.

Friedrich Wilhelm von Preußen, der Soldatenkönig, hat das Staatsbeamtentum erfunden. Er wollte damit den ineffizienten, verschwenderischen und korrupten Adel bändigen. Beamte sollen unabhängig von der Politik, neutral und kompetent agieren. Gut 300 Jahre später suchen wir wieder ein Mittel, die gelegentlich undurchsichtigen, oft ineffizienten und manchmal sogar verschwenderischen Behörden des Landes zu bändigen. Der Werner Bonhoff-Preis ist nur eines dieser Mittel. Aber er ist ein gutes. Denn er zeigt, wo genau die Verwaltungsdefizite in einem immer komplexeren Geflecht von Regeln.

Es ist ja nicht so, dass die deutsche Bürokratie immer und überall schlecht wäre. Im Gegenteil. Der deutsche Staat und seine Bürokratie funktionieren. Die Beamten und

Angestellten des öffentlichen Dienstes sind gut ausgebildet. Sie bleiben ihren Themen treu, sie sind also meistens auch kompetent. Die überwiegende Mehrzahl ist unbestechlich und sachorientiert. Wegen der Sicherheit seiner Arbeitsplätze ist der Staat immer noch der beliebteste Arbeitgeber. Er findet also die besten Absolventen von Schulen und Universitäten, die im mittleren, dem gehobenen, oder dem höheren Dienst anheuern. Die Voraussetzungen für eine exzellente Verwaltung sind also hervorragend, jedenfalls auf dem Papier. Irgendwo aber geht diese Exzellenz verloren.

Der frühere Chefredakteur des Economist, John Micklethwait hat den Verdacht, dass es an einer verschobenen Wahrnehmung derjenigen liegt, die ihre beruflichen Ambitionen gegen einen lebenslänglichen Arbeitsplatz getauscht haben: „Der öffentliche Dienst ist von Leuten geprägt, die einen sicheren Job suchen, und sich für völlig unterbezahlt halten“. Diese Mentalität, so meint der Journalist, präge sich zu oft auch im Umgang mit den Bürgern und Unternehmern aus: Statt alles daran zu setzen, Probleme zu lösen, und dem Bürger die tägliche Begegnung mit seinem Staat angenehm zu gestalten, dominiere die amtseigene Logik.

Ich würde diese Analyse noch nicht einmal so pauschal unterschreiben –und doch glaube ich, dass Micklethwait in Einem Recht hat: Behörden sind nach innen gerichtet. Sie versichern sich selbst, dass sie nach den Regeln arbeiten, dass sie ihre Pflicht tun, und dass alles einen geregelten Gang findet.

Sie sind nicht nach außen gerichtet. Sie begreifen sich nicht in erster Linie in ihrem Dienst für den Bürger. Beamte und Angestellte verstehen zu oft nicht, dass sie selbst das Bild der Bürger von ihrem Staat prägen. Und sie sehen oft nicht, dass sich die Welt um sie herum schneller ändert, als die Regeln und Bestimmungen das vorsehen. Zwei der Finalisten dieses Wettbewerbs können davon erzählen: Christiane Schollmayer von der Franchise-Firma KuchenKlatsch, oder Thomas Neumann, der die Firma My Virtual Future in Augsburg gegründet hat. Sie sind mit Ihren Unternehmen an die Grenzen der Rechtsordnung gestoßen, weil es das Internet und Virtual Reality noch nicht gab, als die Handwerks- und die Bauordnung gemacht wurden.

Nun kann man sagen, das ist aber Pech. Da müssen die Regelungen schnell angepasst werden. Wir machen aber die Erfahrung, dass das schwierig ist: Denn bestehende Regeln sind ja nicht nur ein Hemmnis für neue Unternehmen. Sie bieten alten und eingeführten Firmen oft Schutz und bewahren sie vor aggressiven neuen Wettbewerbern. Hier muss ein ehrlicher und offener Streit geführt werden. Es hilft nichts, pauschal die Keule Bürokratieabbau zu schwingen und alle Regeln und Standards in Frage zu stellen. Es ist aber genauso unbefriedigend, so zu tun, als sei alles in Ordnung. Neue Unternehmen stoßen in Deutschland – wie in vielen anderen Ländern – schnell an die Grenzen der bestehenden Regulierung. Sie sind auf den guten Willen und die Bereitschaft der Behörden angewiesen, Ermessensspielräume zugunsten des Neuen und zugunsten des noch Unbekannten zu nutzen. Anders kann eine Gründerkultur nicht entstehen, und anders können geeignete Auszubildende im Speditionsgewerbe in Bayern nicht eingestellt werden.

-

Hier geht es um viel mehr als um den Einzelfall, oder um die Frage, an welchen Stellschrauben man in komplexen Ordnungssystemen drehen muss, um Verbesserungen zu erreichen. Es geht um die politische Ordnung eines Landes. Die wird ja nicht nur von

Regierungen und Abgeordneten hergestellt. Sie wird nicht nur von Verfassungsgerichten geprägt. Sie muss jeden Tag neu errichtet werden: von einem Staat, der seinen Bürgern garantiert, sicher zu leben und auch spät abends unbehelligt nachhause gehen zu können. Von einer Polizei, die sie vor Dieben und Betrügern schützt. Von Gerichten, die nicht nur versprechen, dass vor dem Gesetz jeder gleich ist, sondern das auch halten. Von Behörden, die Probleme lösen, anstatt welche zu schaffen. Von Ämtern, die Unternehmern helfen, ihr Facharbeiterproblem zu lösen, anstatt sich zu Bütteln übergeordneter politischer Interessen zu machen.

Ihrem Staat begegnen die Bürger auf dieser Ebene täglich. Wenn er hier funktioniert, sind die Bürger auch im Großen bereit zu folgen. Das ist wichtig! Nur die Zustimmung zum Staat und zur staatlichen Arbeit garantiert, dass der unausgesprochene Konsens erhalten bleibt: Weil wir glauben, dass der Staat gutwillig und neutral ist, folgen wir ihm. Nur deshalb akzeptieren wir seine Regeln auch dann, wenn wir anderer Meinung sind.

Nur, wenn die Bürokratie als berechenbar wahrgenommen wird, bleiben die Bürger selbst im Gemeinwesen aktiv. Dann zahlen sie bereitwilliger ihre Steuern, lösen Parktickets und werfen keinen Müll in die Blumenrabatten. Sie halten den Bürgersteig vor ihrem Haus sauber. Sie nehmen Gerichtsurteile hin, und erkennen die Arbeit von Behörden und Ämtern an. Wenn der Staat aber schon auf dieser nicht funktioniert, werden auch die Bürger nachlässig. Sie zahlen ihre Steuern nicht mehr pünktlich, oder überhaupt nicht mehr. Sie übertreten Gesetze, und schauen, ob etwas passiert. Sie respektieren das Gemeinwesen, in dem sie leben, nicht länger. Sie höhlen es aus.

Es ist offensichtlich, dass auch in Deutschland und Europa der Glaube an die Einhaltung von Regeln erodiert. Schuld daran sind nicht die Bürger. Bei allem Respekt vor der vielen guten Arbeit, die in den Büros des Staates erledigt wird, müssen wir doch feststellen: Die Regierungen und ihre Behörden sind die Treiber des Niedergangs. Denn: Der Rechtsstaat funktioniert nur dann, wenn das Recht auch durchgesetzt wird. Verwaltungen und Behörden verkommen langsam und unausweichlich, wenn sie sich nicht mal mehr darum bemühen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Anfangs merkt das kaum jemand, dass die Wartezeiten in Bürgerämtern länger werden, dass die Frostlöcher in den Straßen spät und nur notdürftig gestopft werden, dass die Job-Center trotz guter Arbeitsmarktlage keine Stellen mehr vermitteln. Wenn niemand den Kampf aufnimmt, merkt auch niemand, dass die Regelungen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt nicht eingehalten werden. Herr Danieli, Sie und die anderen Unternehmer, die für den Werner Bonhoff-Preis nominiert wurden, haben diesen Kampf aufgenommen. Dafür schulden wir Ihnen Dank.

„Wir brauchen eine Kultur, in der man an die Durchsetzung von Recht glaubt und das Recht auch als maßgeblichen Ordnungsfaktor akzeptiert“, verlangt der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Vosskuhle mit Blick auf Europa. Er hat Recht. Dazu aber müssen nicht nur die Bürger beitragen. Der Staat muss es garantieren können.

Lieber Herr Danieli, mir ist völlig klar, dass sie das alles nicht im Kopf hatten, als Sie angefangen haben, bei den bayerischen Behörden um die Arbeits-, Ausbildungs- und Aufenthaltserlaubnis für Ihren Mitarbeiter zu kämpfen. Dennoch ist es wichtig festzustellen, dass Sie nicht nur Ihrem Mitarbeiter und Ihrem Unternehmen einen Gefallen getan haben,

sondern auch unserem Gemeinwesen. Nur, wenn Unternehmer und Bürger wach bleiben für die Dinge, die nicht funktionieren, können am Ende mehr Dinge funktionieren.

Und das ist doch die Hoffnung, die wir alle nicht aufgeben.